

# Bürgerinnen und Bürger kämpfen um jeden Baum

Ein offener Brief soll den geplanten Holzschlag des Kantons im Bieler Längholzwald stoppen. 64 Bielerinnen und Bieler fordern von der Stadt, sich entschlossen für den Wald einzusetzen. Die grüne Lunge der Stadt solle erhalten bleiben.

Brigitte Jeckelmann

Der Kampf um den Längholzwald geht in eine weitere Runde: Bürgerinnen und Bürger sind wild entschlossen, um «ihren» Wald zu kämpfen. In einem offenen Brief mit 64 Unterschriften wandten sie sich jüngst an die Bieler Stadtregierung.

Die Frauen und Männer verlangen, dass sich die Stadt beim Kanton für den Längholzwald starkmacht. «Wir fordern Sie auf, sich entschieden gegen die geplanten rigorosen Abholzungen und für eine massvolle, nachhaltige Holznutzung einzusetzen, wie sie die Bewirtschaftung nach dem Dauerwaldprinzip vorsieht», heisst es im Brief.

Weil die Stadt das Schreiben wie eine Petition behandelt, die der Gemeinderat beantwortet wird, gibt die zuständige Gemeinderätin Lena Frank (Grüne) derzeit keine Auskunft dazu. Zur Erinnerung: Der Staatsforstbetrieb des Kantons Bern plant im Längholzwald 700 Bäume zu fällen. Das löste im Dezember einen Aufschrei in der Bevölkerung aus.

Die SP-Stadträtin Susanne Clauss lancierte daraufhin eine Petition, die sie Anfang Januar mit über 1300 Unterschriften dem zuständigen Regierungsrat Christoph Ammann (ebenefalls SP) übergab. Darin fordert Clauss einen runden Tisch, an dem alle Eigentümer des Längholzwalds über die künftige Nutzung diskutieren sollen.

Die Stadt Biel setzte sich beim Kanton dafür ein, den Längholzwald im neuen regionalen Waldplan als stark frequentierten Wald mitten im Siedlungsgebiet aus der Wirtschafts- in die Erholungszone zu versetzen. Vergebens.

Das zuständige Amt für Wald und Naturgefahren will sich nicht zum Thema Längholzwald äussern. Die Petition sei vom Regierungsrat innerhalb eines Jahres zu beantworten, die Vorbereitungen dazu seien im Gang, man



Der Längholzwald liegt mitten im Siedlungsgebiet.

Bild: Matthias Käser

werde auf die Stadt Biel zugehen, teilt die Medienstelle auf Anfrage mit.

## Druck erhöhen

Ob der Staatsforstbetrieb an dem Holzschlag im vorgesehenen Ausmass festhält, ist also noch nicht abschliessend entschieden. Diese Ungewissheit nagt an den besorgten Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb wollen sie den Druck mit ihrem Brief erhöhen.

Allerdings scheint auch ein Kompromiss, wie ihn der Bieler Holzwissenschaftler Ernst Zür-

cher vorschlägt, eher nicht realistisch. Bei einer Begehung mit dem «Bieler Tagblatt» kritisierte er die Pläne des Kantons. Es würden zu viele Bäume gefällt. Das schade dem Wald. 200 statt 700 seien genug.

Doch davon wollten zwei Vertreter des Staatsforsts nichts wissen, wie sie anlässlich der Versammlung des Lindenquartier-Leists im März sagten: Der Aufwand dafür sei viel zu gross und die Kosten seien für weniger Bäume fast gleich hoch. Zudem seien die Einwände aus der Be-

völkerung aus Sicht des Staatsforstbetriebs nicht waldbaulich begründbar, sondern hauptsächlich ästhetischer Natur. Sie entsprängen einem eher romantischen Verständnis des Waldes. Zu diesen Aussagen nimmt das Amt für Wald und Naturgefahren auf Anfrage nicht Stellung.

## Rücksicht auf Waldbesucher

Die Auffassung der beiden Kantonsangestellten passt nicht zur Strategie des Bundesamts für Umwelt (Bafu) für die Erholung im Wald. Darin spielt die Ästhe-

tik nämlich sehr wohl eine Rolle. Laut Bafu gefallen den Menschen durchmischte Wälder mit Laub- und Nadelbäumen von unterschiedlicher Höhe am besten. Ein solches Waldbild entsteht bei der Dauerwald-Bewirtschaftung, eine Art des Waldbaus, die als besonders naturnah gilt und die sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Briefes auch für den Längholzwald wünschen.

Ein schönes Waldbild trägt zum gesundheitlichen Nutzen des Waldes für die Menschen

bei. Diesem misst das Bafu einen hohen Wert bei. Gerade Wälder in Stadtnähe sind dem Bafu besonders wichtig. Denn sie lockten die meisten Besucherinnen und Besucher an und seien daher besonders bedeutsam für die Gesundheit. In Zahlen ausgedrückt spricht das Bafu von jährlich drei Milliarden Franken für die Erholungsleistungen des Waldes. Um Konflikte mit Waldbesuchenden zu vermeiden, empfiehlt es, Pflege und Bewirtschaftung dem Besucheraufkommen anzupassen.

## «Bild der Zerstörung»

Der Berner Staatsforstbetrieb steht nicht zum ersten Mal wegen grober Holzschläge in der Kritik. Eine massive Holzung im Hardwald bei Schüpfen löste beim früheren Seewiler SVP-Grossrat Fritz Ruchti vor zwei Jahren Wut und Trauer aus. Wut über das unsensible Vorgehen, Trauer über die «vielen, schönen Eichen, Fichten und Tannen, die den Wald bei geeigneter Waldnutzung noch lange stabil erhalten hätten», sagt er.

Der Eingriff habe ein Bild der Zerstörung hinterlassen. Mit Nachhaltigkeit habe das nichts zu tun. Wie Ruchti sagt, kommt es immer öfter vor, dass der Staatsforst den Wald nicht nach geltendem Recht bewirtschaftet. Und er ermahnt den Regierungsrat, bei der Waldbewirtschaftung die gesetzlichen Vorgaben in Bezug auf Nachhaltigkeit und Artenvielfalt einzuhalten.

## «Kurzfristiges Nutzdenken»

Derweil bangen die Bieler Bürgerinnen und Bürger weiter um ihren Wald. In ihrem Brief prangern sie die massiven Holzungen als kurzfristiges Nutzdenken an. Dem Wald seien bereits Tausende grosse Bäume entnommen worden. Dabei seien diese wegen der Klimaveränderung dringend nötig. Es brauche sie, um in heissen Sommern für einen Temperatursausgleich zu sorgen und damit der Wald die grüne Lunge der Stadt bleibt.

## Forstbetrieb soll zur AG werden

Öffentlicher Auftrag versus Profitdenken. Was sind die Folgen, wenn aus einem Staatsforstbetrieb eine AG wird? Experten antworten.

Nun soll aus dem Staatsforstbetrieb, der heute Teil der Kantonsverwaltung ist, eine Aktiengesellschaft werden. Der Regierungsrat begründete diesen Schritt in seiner Mitteilung im Dezember damit, dass das «wirtschaftlich geführte Unternehmen» zunehmend an seine Grenzen stösse. Es fehle die unternehmerische Flexibilität. Beispielsweise für massgeschneiderte IT-Lösungen. Mit der Ausgliederung in eine Aktiengesellschaft solle sich der Forstbetrieb künftig unternehmerisch ausrichten und auch Rückstellungen anlegen können. Die Umwandlung soll knapp vier

Millionen Franken kosten und erfordert eine Änderung im kantonalen Waldgesetz. Der Grosse Rat wird in der Wintersession darüber befinden. Stimmt er dem Vorhaben zu, wäre Bern laut dem Waldeigentümergebiet Wald Schweiz der erste Kanton, der seinen Staatsforstbetrieb in eine Aktiengesellschaft umwandelt. Dem Volk bleibt die Möglichkeit, das Referendum zu ergreifen.

## Es weckt Begehrlichkeiten

Fachleute wie der pensionierte Brügger Forstingenieur Urs Mühlethaler befürchten, dass ei-



Markus Müller  
Professor am Institut für öffentliches Recht der Uni Bern

ne Aktiengesellschaft nicht zu einer besseren Waldbewirtschaftung beitragen wird, im Gegenteil. Eine AG wecke Begehrlichkeiten, man denke an die Stichworte Kaderlöhne und Dividenden, sagt er. Die Ertragsmöglich-

keiten seien begrenzt, daher müsse an den Leistungen geschraubt und alles so rationell wie möglich erledigt werden – um ein Maximum an Deckungsbeiträgen zu erwirtschaften.

Markus Müller, Professor am Institut für öffentliches Recht der Uni Bern, stimmt dieser Aussage zu. Die Aktiengesellschaft «ist die typische Form des gewinnorientierten Wirtschaftsunternehmens». Wo Verwaltungseinheiten ins Kleid der AG gesteckt würden, «bewirkt dies bei den Führungskräften oftmals eine Verengung des Blicks auf Effizienz und Profit». Als Bei-

spiele nennt Müller Post, Swisscom, SBB oder Spitalaktiengesellschaften.

## Anstalt wäre geeigneter»

Für Müller wäre die Form der Anstalt geeigneter für den Staatsforstbetrieb. Die Anstalt stehe zu Unrecht im Schatten der vermeintlich dynamischeren Aktiengesellschaft. Ihr Gestaltungspotenzial werde unterschätzt. Zudem bringe diese Form den unbestrittenen Vorteil, dass von ihr keine falschen Ökonomisierungssignale ausgehen.

Natürlich sei es wichtig, staatliche Aufgaben mög-

lichst wirtschaftlich zu erfüllen. «Aber die Gefahr, dass bei der Aktiengesellschaft der Gewinn das Gemeinwohl verdrängt, ist gross.» Das habe die Erfahrung gezeigt. Das Ziel eines Spitals sei nicht, zu rentieren, sondern die Patienten zu heilen. Für den Wald gelte dasselbe: Der Forstdienst habe in erster Linie dafür zu sorgen, dass der Wald seine Funktionen im Dienst der Öffentlichkeit erfülle: vor Naturgefahren schützen, Holz und Trinkwasser liefern sowie Lebens- und Erholungsraum für Pflanzen, Tiere und Menschen bieten. *Brigitte Jeckelmann*